

## **AOK Sachsen-Anhalt: Pflegekräfte fordern endlich gerechte Vergütung**

Pflegedienste protestieren vor dem Landtag in Magdeburg gegen die AOK Sachsen-Anhalt. Forderungen nach fairen Zuschlägen wachsen.

In Magdeburg wird die Stimmung unter den Pflegeanbietern zunehmend angespannt. Nachdem letzten Dienstag erneut etwa 100 Vertreter ambulanter Pflegedienste vor dem Landtag demonstriert hatten, spitzt sich die Lage weiter zu. Die Kritik an der AOK Sachsen-Anhalt ist nach wie vor omnipräsent, wobei viele Dienstleister anmerken, dass die Kasse taktische Spiele auf Kosten der pflegebedürftigen Menschen spielt.

Sabine Kösling, die Landesvorsitzende des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), macht unmissverständlich klar: Trotz der hektischen Versuche der AOK sprachen diese eher für die Verzweiflung als für eine ernsthafte Lösungsfindung. "Ein neues Angebot gab es nicht. Die AOK wollte sich lediglich bereit erklären, zukünftig einen Zuschlag zu zahlen, der den Pflegediensten schon seit 20 Monaten per gültigem Schiedsspruch zusteht," sagt Kösling. Dies verdeutlicht nicht nur die Unzufriedenheit der Dienstleistenden, sondern wirft auch Licht auf die gravierenden Probleme im Pflegesystem Sachsens-Anhalts.

### **Die ernststen Folgen für Pflegebedürftige**

Die Atmosphäre ist besorgniserregend, denn Kösling warnt, dass die derzeitige Situation der AOK möglicherweise schwerwiegende Folgen für viele Familien haben könnte. "AOK-

Vorstand Ralf Dralle muss demnächst vielen Familien erklären, warum sie keinen ambulanten Pflegedienst mehr finden, der ihre Angehörigen versorgt.“ Der Mangel an verfügbaren Pflegediensten wird nicht nur durch die Kürzungen der AOK verstärkt, sondern auch durch die Tatsache, dass Sachsen-Anhalt bereits jetzt bei den Vergütungen hinter anderen Bundesländern zurückbleibt. “Sachsen-Anhalt ist mit Abstand das bundesweite Schlusslicht bei den Vergütungen für die Pflegedienste. Die Warteschlange für angemessene Zahlungen ist schockierend und für viele existenzbedrohend,” so Kösling weiter.

Die Versäumnisse der AOK kommen nicht von ungefähr. Immer mehr Pflegeeinrichtungen berichten von ausbleibenden Zahlungen in Höhe von fünfstelligen Beträgen, die sie dringend benötigen, um die grundlegenden Kosten zu decken. Diese finanzielle Unsicherheit wirkt sich direkt auf die Qualität der Pflege aus, die die Unternehmen anbieten können.

Ein weiterer Aspekt ist die Verantwortung der Landessozialministerin Petra Grimm-Benne, die nicht unbeachtet bleiben sollte. Kösling kritisiert offen die Untätigkeit der Ministerin: “Die Ministerin ist dafür zuständig, dass die pflegerische Versorgung sicher ist. Wenn die AOK versucht, sich zu Lasten der Pflegebedürftigen gesund zu sparen, schaut sie bislang nur zu.” Es scheint, als ob hier ein dringendes Handeln gefordert ist, um in einer grundlegenden Angelegenheit der öffentlichen Gesundheit einzugreifen und die Weichen für eine nachhaltige Lösung zu stellen.

## **Handlungsbedarf für eine gerechtere Pflegeversorgung**

Die Probleme rund um die AOK Sachsen-Anhalt sind emblematisch für breitere Themen in der deutschen Pflegepolitik. Die Unzufriedenheit unter den Pflegediensten und die damit verbundenen staatlichen Kontroversen über die Auszahlung von angemessenen Vergütungen sind Themen, die

in ganz Deutschland von Bedeutung sind. Sachsen-Anhalt könnte somit zum Brennpunkt für einen dringend benötigten politischen Diskurs werden, der sich mit den grundlegenden Herausforderungen in der Pflegebranche auseinandersetzt.

Die laufenden Proteste sind ein klarer Ausdruck des kollektiven Unmuts und des Dringlichkeitsgefühls seitens der Dienstleister und der Angehörigen von Pflegebedürftigen. Es wird mehr als ein Spitzengespräch in ein paar Wochen gefordert. Ein sofortiges Handeln, um die finanzielle Absicherung der Pflegedienste zu gewährleisten, ist vonnöten, damit diese ihre wichtige Arbeit im Sinne der Gesellschaft aufrechterhalten können.

## **Politischer Hintergrund und Herausforderungen der Pflegeversicherung**

Die Debatte um die AOK Sachsen-Anhalt ist eingebettet in einen größeren politischen Kontext, der durch strukturelle Herausforderungen im deutschen Gesundheits- und Pflegewesen geprägt ist. Die Pflegeversicherung in Deutschland wurde 1995 eingeführt, um eine grundlegende finanzielle Absicherung für Pflegebedürftige zu gewährleisten. Jedoch sehen sich viele Bundesländer, einschließlich Sachsen-Anhalt, mit finanziellen Engpässen und einer ungleichen Verteilung der Mittel konfrontiert. Dies betrifft insbesondere die Vergütung der ambulanten Pflegedienste, die in Sachsen-Anhalt häufig als unzureichend wahrgenommen wird.

Die Rolle der Landesregierung ist entscheidend, da diese für die Genehmigung der Pflegevergütungen zuständig ist. Der Landessozialminister hat hierbei die Verantwortung, sicherzustellen, dass die Pflegeleistungen auf einem Niveau sind, das den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird. Der Fall der AOK Sachsen-Anhalt verdeutlicht, wie politische Entscheidungen direkte Auswirkungen auf die Qualität und Verfügbarkeit der Pflege haben können, was für viele Angehörige eine große Belastung darstellt.

# **Aktuelle Statistiken zur Pflege in Sachsen-Anhalt**

Statistiken zeigen, dass Sachsen-Anhalt im Vergleich zu anderen Bundesländern hinterherhinkt, was die Vergütung von Pflegekräften betrifft. Laut dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) betragen die durchschnittlichen Vergütungen für ambulante Pflegedienste in Deutschland im Jahr 2022 etwa 3.800 Euro pro Monat, während in Sachsen-Anhalt die Sätze 10-15% niedriger lagen. Diese Diskrepanz hat nicht nur Auswirkungen auf die Rentabilität der Pflegedienste vor Ort, sondern führt auch dazu, dass viele Fachkräfte in andere Bundesländer abwandern, wo die Arbeitsbedingungen besser sind.

Darüber hinaus zeigen Umfragen unter Pflegekräften, dass ein erheblicher Teil der Befragten (rund 60%) angibt, die Bezahlung sei unzureichend und stünde in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand und der emotionalen Belastung, die mit der Pflege von Menschen verbunden ist. Diese Deckungslücke verstärkt die bestehende Pflegekrise in Sachsen-Anhalt, was sich auf die Verfügbarkeit von Dienstleistungen und die Qualität der Pflege auswirkt.

## **Folgen für Pflegebedürftige und deren Angehörige**

Die zentralen Fragen, die aus dieser Situation hervorgehen, drehen sich um die Verfügbarkeit von Pflegeleistungen und die damit verbundenen Konsequenzen für die Betroffenen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sehen sich vermehrt mit der Problematik konfrontiert, geeignete Pflegekräfte zu finden. Die Zahl der verfügbaren ambulanten Dienste, die die gesetzlich geregelten Standards erfüllen, sinkt. Dies führt oft zu einer Überlastung der verbleibenden Pflegedienste und belastet die Angehörigen, die häufig versuchen, die Versorgung selbst zu übernehmen.

Die emotionalen und finanziellen Belastungen, die sich daraus ergeben, sind enorm. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Normung (DIN) gaben mehr als 70% der Angehörigen an, dass die Pflege eines Familienmitglieds zu einer ernsthaften Belastung in ihrem Alltagsleben führt. Die Herausforderung, gleichzeitig Beruf und Pflege zu vereinbaren, kann nicht selten zu gesundheitlichen Problemen der caregivers führen, was die Notwendigkeit einer strukturellen Reform im Pflegebereich unterstreicht.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**